

über die Sitzung des Landtages als Kommission (im Konferenz-
zimmer) vom 11. Dezember 1926.

Anwesend: Alle Abgeordneten (die Abgeordneten Gassner und
Bargetze erscheinen etwas verspätet) mit Ausnah-
me des Abg. Walser,

Vorsitz : Dr. Beck :

Regierungschef Prof. Schädler und
Schriftführer Regierungssekretär Nigg.

Beginn 9 Uhr.

Präsident: Wir haben heute über das Budget für 1927 zu beraten,
müssen uns aber schon vorher klar sein über die angesuchten Ge-
haltserhöhungen.

Batliner : Er möchte mit dem Beginn der Beratungen warten, bis
die Abgeordneten Gassner und Bargetze da sind.

Präsident: Ist hiemit einverstanden.

Batliner : Er hat einen Dringlichkeitsantrag vorzubringen :
Das Gesuch der Gemeinde Mauren, des Marktkomitees und der Ge-
werbetreibenden, dass fremde Geschäftsleute an Maurer Jahrmark-
te Warenstände halten dürfen, um das gute Einvernehmen mit der
Schweiz pflegen zu können. Die Maurer Geschäftsleute sind ein-
verstanden, es handelt sich nur darum, dass auch Schweizer Ge-
schäftsleute zum Jahrmarkt kommen können.

Bargetze erscheint.

Batliner weiter : Der Gewerbebund habe erklärt, dass sie damit
einverstanden seien, wenn die Maurer Geschäftsleute nichts da-
gegen haben. Er hätte das Ansuchen gerne erledigt, da es die
grösste Zeit sei, heute in 3 Tagen sei der Markt.

Präsident : Man solle die Sache erledigen, wie es in Schaan ge-
wesen sei. Das Ansuchen betreffe die Regierung :

Quaderer : Auch in Schaan war der Marktauftrieb für Ausländer
beschränkt, doch hörte man allgemein den Wunsch, man solle ent-
gegenkommen, er möchte daher Batliner unterstützen.

Marxer : Er möchte Batliner unterstützen. Er sei wiederholt in Grabs und Buchs auf den Märkten gewesen und habe dort Liechtensteiner mit Warenständen getroffen. Es gebe Gegenmassregeln, wenn wir nicht das Gleiche gestatten.

Präsident: Es sitzen verschiedene Abgeordnete hier, die geholfen haben, das Hausiergesetz von 1916 zu schaffen. Wegen dieses Gesetzes sei die Regierung in Schwierigkeiten. Jetzt müsse das Gesetz durchgeführt werden. Zwar müsse man sagen, dass die Sache nicht richtig sei. Damals seien die Gewerbetreibenden für das Gesetz gewesen, heute scheint nicht mehr. Materiell sei er mit dem Antrage Batliner vollständig einverstanden. Es sollen die geltenden gesetzlichen Bestimmungen vorgelosen werden.

Regierungschef : Liest die Gesetzesbestimmung vor, wonach das Aufstellen von Ständen unter das Hausiergesetz falle. Das Gesetz sei veraltet. Die Liechtensteiner dürfen nach der Schweiz, die Schweizer aber nicht hierher. Die gleichen Leute, die das Gesetz veranlasst haben, werden wieder entgegenkommen müssen. Ist dafür, dass das Gesetz abgeändert werde. Die Gewerbetreibenden seien bisher sehr dagegen gewesen, andere seien wieder dafür. ~~Die~~ Für die Regierung schwebt zu oberst das Gesetz. Sie kann keine Ausnahmen gestatten. Das ~~aktuelle~~ Gesetz müsste hierzu abgeändert werden. Dann sei die Regierung gedeckt. Aber heute darf für einen einzelnen Fall keine Ausnahmegesetz geschaffen werden. Dafür ist er nicht. Es soll für den Maurer Jahrmarkt das Gleiche gelten wie in Schaan. Die Regierung ist aber bereit, eine Gesetzesabänderung zu beantragen.

Batliner : Er wüsste schon einen Ausweg, er würde ein paar Schweizer einladen und kommen lassen, aber die ~~Karantäne~~ Anwesenheit derselben nicht beachten.

Regierungschef: Das mag wohl für Mauren gehen, wenn dann aber hinterher die Gewerbetreibenden kommen, kommt die Regierung in Schwierigkeiten. Er steht fest auf dem Standpunkte des Gesetzes.

Präsident : Das Gesetz ist ein Stiefel in der heutigen Zeit und müsse geändert werden. Was Batliner meint, kann man hier nicht beraten.

Batliner -: Der Landtag könne das Gesetz dahin abändern, dass fremde Geschäftsleute zu dem Markte zugelassen werden.

Präsident : So rasch geht das nicht, man müsste sonst das Gesetz für dringlich erklären, was nicht angängig sei.

Regierungschef : Man dürfe das nicht so dringend machen, weil wir sonst in den Geruch der Rechts-Unbeständigkeit kommen. Es ist eine Anfrage vom Gemeindeammann Schwendener in Buchs gekommen wegen der Gegenseitigkeit bei Marktfahrern, worauf darauf hingewiesen wurde, dass die Abänderung des Gesetzes erfolgen werde.

Hierauf wird die Eingabe der Regierung überwiesen.

Gassner tritt ein. 9.30 Uhr.

Präsident: Es ist zuerst B u d g e t. die Vorfrage zu stellen, ob die Gehaltsregelung voraus zu besprechen ist, weil diese überall im ganzen Budget gestreift ist. Er ist für die sofortige Beratung der Gehälter. ~~Man~~ Die Herren Angeordneten sollen sich unumwunden äussern. Er schlägt vor, zuerst die einzelnen ~~Eingaben zu~~ ~~lesen~~ ~~für~~ verlesen, wenn niemand etwas anderes vorschlägt.

Er vermisst einen Antrag der Regierung, wie sie sich die Gehaltsregelung vorstellt.

Regierungschef : Vor zehn Tagen sei der ganze Landtag beisammen gewesen. Damals sei beschlossen worden, zuerst das Budget vorzulegen, worauf man dann über die Gehaltsregelung sprechen könne. Wir haben nach diesem Beschlusse das Budget aufgestellt und festgestellt, wieviel für die Gehaltsregelung übrig bleibt.

Peter Büchel: Das Budget kommt ja doch noch vor die Kommission, für heute kommen nur die Hauptzahlen in Betracht. Darum soll heute die Gehaltsregelung beraten werden.

Präsident : Die Finanzkommission hat beschlossen; es sei der

Landtag als Kommission einzuberufen, um die ganzen Gesuche vorzubespochen. Aus diesem Grunde sind die Herren Abgeordneten heute hier.

Peter Büchel: Ihm sei dieser Beschluss der Finanzkommission unbekannt gewesen, darum korrigiere er sich.

Präsident: Geht zur Beratung des Budgets über, und be^Rinnt mit Titel I.

Regierungschef : Referiert, wie das Budget zustande gekommen sei. Alle Referenten seien angefragt und zur Sitzung geladen worden.

Präsident: Zum Titel Gesandtschaft regt der Präsident an, dass die Regierung die akkreditierten Konsuln zum Besuche des Landes einlade. Es sei für Liechtenstein ein Vorteil. Wie die Einladung ergehen soll, sei eine interne Frage. Man könne später mit den Konsuln, die das Land kennen, viel besser verkehren. Er sei überzeugt, dass seine Anregung auch in den Intentionen des Fürsten liege.

Regierungschef : Unter "Verschiedenes" seien auch die Kosten für fremde Besuche verrechnet. Es seien heuer etwa 12 - 15 amtliche Besuche da gewesen, bei denen Geld aufgegangen sei. Der Regierung müsse Gelegenheit gegeben sein, hierfür etwas auszugeben. Er erwähnt zum Vergleiche die Verhältnisse beim Kloster Schellenberg, bei welchen Falle die persönlichen Beziehungen eine grosse Rolle spielten.

Titel II.

Regierungschef : gibt die Pensionierungsanträge Müssner und Büchel bekannt.

Präsident : liest die einzelnen Positionen.

Regierungschef: gibt Aufschluss über die Zeichenkurse (gewerbliche und für Lehrer.

Präsident: fragt wegen Fortbildungsschule.

Regierungschef : gibt darüber Aufschluss, dass das 9. Schuljahr wegfallen soll und dafür die Fortbildungsschule ausgebaut sei.

Titel III.

Präsident: Beim Bauante müsse Ordnung geschaffen werden. Man komme noch darauf zurück.

Präsident: wünscht Auskunft über den Posten für Material.

Regierungschef: verliest ein ausführliches Referat über die Schotterbeschaffung.

Die Regierung ist der Meinung, es sei eine eigene Schotterbrechmaschine anzuschaffen. Sie steht auf dem Standpunkte, dass Maschinenschotter verwendet werden soll. Er erwähnt verschiedene Anstände mit dem Bauamte wegen Schotteranschaffung.

Batliner : Ob nicht die Möglichkeit bestehe, den Zoll für Nofler Schotter wegzubringen. Sie brauchen im Unterland auch für die Gemeinden Maschinenschotter. Der Wegfall des Zolles würde den Schotter wesentlich verbilligen.

Vogt : Er ist nicht dafür, Steine aus dem Auslande einzuführen. Die Erzeugung des Schotters ergibt hier wieder Arbeit.

Marzer : Er begreife, dass man nicht ~~zufürchtet~~ für den Bezug von Schotter aus dem Auslande sei, wenn man aber ins Unterland komme, sei es anders. Im Oberland sei es bedeutend besser mit dem Steinbrechen, als im Unterland. Die Steine aus den Rufen seien beispielsweise viel zu weich. Im Allgemeinen ist er jedoch dafür, dass der Schotter im Lande gebrochen wird.

Batliner : Ist auch für Anschaffung einer Maschine, wenn das aber nicht geschieht, ist er dafür, dass der Zoll wegkommt.

Gassner : Es sei besser, wenn man im Landtage als Kommission über die Schottersache spreche. Er besteht auf der Anschaffung einer eigenen Maschine. Dann macht das Land ein Geschäft. Nur müsse man eine Maschine kaufen, die etwas sei. Uebrigens wisse jeder, was vorgegangen sei. Wenn wir eine eigene Maschine anschaffen, kommt derartiges nicht mehr vor. Für den Betrieb der Brechmaschine müsse man einen Maschinisten anstellen, sonst könne man Strassenarbeiter verwenden.

Präsident : fragt, was ~~hier~~ Anton Ospelt erhalten habe.

Regierungschef : gibt darüber Auskunft, welche Summen ausbezahlt worden sind. Gleichzeitig kommt der Regierungschef auf die Kiesangelegenheit am Kulm, (Johann Schädler Nr. 23) wo zwei Geometer verschiedenes Mass errechneten und eine Nachmessung durch den Wegmacher erforderlich wurde.

Er verliest das Protokoll des Wegmachers Josef Schädler in Triesenberg, welcher ausdrücklich verneinte, die ihm in den Mund gelegten Aeusserungen ~~nicht~~ getan zu haben.

Präsident: beschwert sich, dass die Kieslieferungen nicht zur Konkurrenz ausgeschrieben worden sind. Er fragt, wie es sich verhalte mit der Anstellung von Arbeitern durch die Wegmacher.

Vogt: Er unterstützt Gassner wegen Maschinen-Anschaffung. Er bemängle nur, dass Benzin ~~angewandt~~ in die Berechnungen eingesetzt worden sei, wogegen man doch elektrische Kraft billiger zur Verfügung habe. Für die Bedienung der Maschine könnte man Wegmacher nehmen.

Batliner: Zwei Geometer haben am Kullm gemessen, warum man nicht einen dritten genommen habe, der richtig gemessen hätte. Das Umschöpfen des Kesses habe viel Geld gekostet.

Präsident: Wenigstens hätte man das Kies gleich an den Verwendungsort führen sollen.

Regierungschef: Rechtfertigt die Massnahmen der Regierung, erklärt jedoch ausdrücklich, dass er bei der bezüglichen Sitzung aus Verwandtschaftsgründen in den Ausstand getreten sei. In Triesenberg habe wegen der Kieslieferung Unruhe geherrscht. Darauf habe die Regierung den Wegmacher kommen lassen und einvernommen. Der Wegmacher habe bestätigt, dass die Qualität des Schotters recht sei. Ueber das Mass habe der Wegmacher überhaupt nichts bemerkt. Das ganze sei eine Verläumdung. Die Sache sei der Regierung sehr unlieb geworden. Darum sei beschlossen worden, Darum sei beschlossen worden, das Kies neuerdings zu messen und möglichst wegzuführen und nur den Rest auf einem neuen Haufen zu schaufeln. Man habe immer die Regierung verdächtigt, sie tue nichts. Darum sei der Beschluss gefasst worden, das Kies neuerdings zu messen. Er steht auf dem Standpunkte, dass etwas geschehen musste, nachdem bereits soviel gegangen sei. Man dürfe nicht sagen, dass Protektion im Spiele gewesen sei. Der Beschluss sei von der Regierung einstimmig gefasst worden.

Peter Büchel: Bestätigt die Ausführungen des Regierungschef. Dieser sei bei der Beratung und Beschlussfassung ausgetreten. Er selbst habe schon anfangs gesagt, die Regierung kommen in den Kalender. Nachdem aber die Gerüchte sich häuften und kein dritter Geometer da war, habe er mitbeschlossen, das Kies mit der Meterkiste nachzumessen. Das Geld, das hierfür aufgegangen sei, haben nur Arbeiter erhalten. Als dann das Nachschaukeln des Kieses in der Nacht in der Sitzung besprochen wurde, sei Regierungschef Schädler wieder ausgetreten und man sei der Sache wieder nachgegangen. Es sei ein Polizeiuntersuch eingeleitet worden. Er könne seinen Standpunkt verantworten. Das sei der Verlauf der Sache.

Batliner: Und nun stimmt das Mass wieder nicht, weil in der Nacht geschaukelt wurde.

Regierungschef: Grenzwächter Dietrich kam um die Zeit, als das Schaukeln vor sich ~~geschaukelt~~ gegangen sein sollte, vom Kulm und zwar mit einem guten Wachthunde, doch müsse dieser Grenzwächter bezeugen, dass er nicht gesehen und gehört habe. Geschaukelt wurde nur, als Johann Schädler und Rudolf Schädler zur Stelle kamen.

Gassner: Der Wegmacher habe ihm selbst erklärt, dass er für die Richtigkeit des Nachmessens jede Verantwortung übernehme.

Präsident: macht darauf aufmerksam, dass die Regierung auf die Bestellung der Hilfskräfte Einfluss nehmen soll.

Zu den Ansätzen "Rheinwuhrbauten" und "Rüfeschutzbauten" gibt Regierungschef Aufklärung.

Strassenbau Benden-Ruggell.

Regierungschef: gibt an Hand eines Gutachtens des Baumeisters Hilti Lorenz in Schaan über das Projekt und die Kosten Auskunft.

Hoop: Wenn man etwas macht, soll man es recht machen.

Büchel-Gamprin: Die Gampriner haben die Strasse so ausgeführt, wie es vorgeschrieben wurde.

Marxer: Ist auch dafür, dass es recht gemacht wird.

Batliner : Er würde die Rate per 18.500 Fr. stehen, denn die Ruggeller Strasse sei die Schlechteste.

Regierungschef : Wir wollten die Strasse 1927 fertig machen. Man könne aber die Raten auch niedriger einsetzen.

Rietentwässerung:

Marxer : erkundigt sich wegen des Gutachtens vom Böhi.

Regierungschef : gibt Auskunft über den Stand der Frage. Er habe immer wieder die Vorlage betrieben. Nächstens werde er aber Gelegenheit haben mit Böhi selbst zusammen zu kommen und über die Sache zu besprechen.

Präsident : Ist für die Herabsetzung der Steuern für die Fabrikmädchen etwas geschehen. Sonst könne er nur mit Vorbehalt für das Budget stimmen.

Regierungschef : Ist grundsätzlich gegen jede Steuerherabsetzung, weil später eine Erhöhung der Steuern fast unmöglich wäre. Im Übrigen komme er gerne entgegen.

Unterfangung von Pfeilern bei der Brücke der Triesenbergstrasse

Gassner : wundert sich, dass das nötig sei. Wer das wünsche ?

Man müsste Geld zum "versauen" haben, wenn man das macht.

Präsident : Ist auch dagegen.

Marxer : Ist für Kurven-Erweiterungen. Sie haben auch noch solche Strassen, in denen die Kurven zu eng sind. Mit einigen hundert Franken lässt sich oft viel machen. Stellt Antrag auf Erweiterung der Kurven beim Müsnen-Brunnen.

Regierungschef : verteidigt die Standpunkt der Regierung bezüglich der Ausbesserung des Pfeiler bei der Bergstrassenbrücke. Die Regierung sei gedeckt. Die Ausbesserung eines Pfeilers, ~~am~~ ~~zurück~~, habe zirka 6000 Franken gekostet. Das Terrain, auf dem der Pfeiler steht, habe gewandert. Jeder Techniker wird sagen müssen, dass eine solche Sache gefährlich sei. Er müsse darauf bestehen, dass der Bericht von Herrn Ingenieur Weber verlesen werde. Wenn die Meinung bestehe, man solle nichts einsetzen, entschlage er sich der Verantwortung für die Regierung und das Bauamt. Es sei ein technisches Gutachten da. Es wäre leichtsinnig gewesen, wenn die Regierung im Voranschlag nichts eingesetzt hätte. Wir sind nach den Technikern gegangen.

Präsident: Es sei zu teuer, man habe einen grossen Koloss in den Boden versenkt. Und wenn die andern Pfeiler davon gehen, soll man sie wandern lassen.

Gassner: Wenn sich Veränderungen ergeben, könne man immer wieder etwas einsetzen. Heute betrachtet er die Sache für nicht mehr so gefährlich, dass man 10 000 Franken auswerfen müsse.

Mittagspause.

Fortsetzung 2 Uhr nachmittags.

Präsident: Die Beratungen des Budgets werden ausgesetzt und setzen fort mit den Beratungen der Klassenlotterie.

Regierungschef: holt Herrn Hächler von der ostschweiz. Treuhandgesellschaft St. Gallen.

Hächler: Liest ein schriftliches Referat über seine Untersuchungen vor.

Präsident: fragt, in welcher Art die Beschlussfassung erfolgen soll.

Hächler: Die Auszahlung der Los-Einsätze soll zuerst erfolgen, und zwar so schnell als nur möglich.

Regierungschef: Als Vertreter des Aktionärs Stapper war in diesen Tagen ein Rechtsanwalt de Vrieze von Amsterdam da, um mit uns zu verhandeln. Dieser Anwalt sagte, dass Stapper nichts leisten wolle. Wenn aber er (de Vrieze) ihm einen Vorschlag mache, wornach Stapper moralisch schuldig sei, bezahle er sicher etwas. Er ~~er~~ (de Vrieze) ersuchte um einen Vorschlag und frag, wieviel das Land bezahle. Die Regierung habe strikte abgelehnt. In der Zwischenzeit ging de Vrieze zum Landrichter und kam dann wieder zur Regierung. De Vrieze schlug dann vor, das Land und Stapper sollten mit einander bezahlen. Die Regierung erklärte neuerlich, dass sie kein Anbot machen könne. - Das Referat von Herrn Hächler sei noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Direktoren Groenebaum und Stapper haben gegen Geheimrat Grüsser in Zürich die Betrugsanzeige erstattet. Die Verfolgung ist eingeleitet und es wird von der Schweiz Auslieferung beantragt. Möglich ist, dass Grüsser schon nach Amerika entkommen ist.

Es komme nun aber noch etwas anderes : Ein gewisser Thalmann in Zürich, der von Grüsser betrogen worden sei, habe sich gegenüber den Direktoren Groenebaum und Schwarzl bereit erklärt, den Lotterievertrag fortzusetzen unter noch zu vereinbarenden Bestimmungen. Er (Regierungschef) habe erklärt, dass wir genug Lotterie haben. Er erwähnt die Lügen des Grüsser wegen Kosten für die Erwerbung der Konzession. - Stapper wolle sich seine künftige Ruhe kaufen, um ungehindert reisen zu können. Man müsste ihm also garantieren, dass man ihn nach Erledigung der Sache in Ruhe lasse und ihn nicht gerichtlich verfolgen lasse. Dr. De Vrieze habe erklärt, dass Stapper keine Zahlung schuldig sein. Zu bemerken sei allerdings, dass Direktor Groenebaum bei der Gründung der Centrofag 300 000 Franken gezeichnet habe, allerdings unter der Vorgabe Stappers, dass dieser die Summe garantiere. - Also ~~hat~~ Thalmann in Zürich hat die Übernahme der Konzession angeboten. Die Direktoren aber haben wieder ~~haben~~ die Löhne für die heute austretenden Arbeiter verlangt. Die Regierung habe die Auszahlung aber verweigert.

Bezüglich der neuen Offerte Thalmanns habe er zu sagen, dass er sehr gegen einen neuen Vertrag sei. Man könne aber, wenn es gewünscht werde, die Direktoren herholen lassen.

Hächler : Die hier tätigen Beamten seien an der Sache nicht schuld. Die Sache sei von jenen eingebrockt worden, die nicht mehr hier sind.]

Präsident : fragt wegen Reklamationen.

Hächler : Es seien ganze Stösse von Reklamationen eingegangen, besonders jetzt, nachdem schon 4 Wochen dahin gegangen seien. Je rascher man auszahle, umso schneller bekommt das Land $\frac{1}{2}$ Ruhe.

Vogt : Bedauert, dass die Sache viel schlimmer sei, als man geahnt habe. Es frage sich, wie man auszahle. Nach seiner Meinung sind die 51.000 Franken für Los-Einsätze sofort auszusahlen. Und zwar durch die Personen, die bis jetzt tätig waren. Er würde diesen das volle Vertrauen schenken. Die andern Ansprüche bezüglich der Centrofag liesse er dahingestellt, er liesse die Gesellschaft ruhig verkrachen.

Wir seien wieder um einen Skandal reicher. Er sei strikte gegen eine Erneuerung der Konzession.

Präsident : Er habe heute die Konkursordnung von 1809 angeschaut.

Wenn es zum Konkurs komme, werden die Forderungen des Staates zuerst berücksichtigt. Aber wir müssen das Ansehen des Landes wahren. Er ist auch nicht für Weiterführung der Lotterie. Er würde den Loseinsätze zurückzahlen und auch die Arbeiter entschädigen, alles aber nur unter allen Titeln und Vorbehalten. Was zu holen sei, wissen wir allerdings heute nicht. Dringend sei nach seiner Ansicht die Bereitstellung der Mittel für die Los-Rückersätze. Er bittet um Verlesung der Vertragsbestimmung über die Kaution.

Regierungschef : Verliest den bezüglichen Vertragspunkt. Das Geld von 200 000 Franken sei da gewesen.

Vogt : bezweifelt die Ansprüche der Handelsgehilfen für weitere 3 Monate ab Neujahr. Wenn die Firma gestorben sei, können sie doch nichts mehr verlangen.

Präsident : belehrt den Vogt nach den Handelsgesetze. Er könne im Moment nicht sagen, ob die Kaution zu Recht verfallen sei, es sei ihm momentan unklar.

Hächler : ist der Ansicht, dass das Geld verfallen ist.

Präsident : meint neuerdings, er würde die Los-Rückersätze leisten und sich alle Ansprüche wahren. Wir können mit dem Geld von 100 000 Franken nicht rennmmieren. Wo Betrag die Brüder des Geschäftes sind, würde er die 100 000 Franken zur Liquidierung ~~herv~~ freigeben. Dann müsse jeder sagen, dass wir nichts unrechtes getan haben.

Batliner : Nach seiner Ansicht habe das Land für die Centrofag gar keine Verpflichtungen zu erfüllen. Wir müssen keine Lose zurückzahlen. Es sei etwas anderes, wenn man vom moralischen Standpunkte aus bereit sei, zu bezahlen. Er würde aber vorläufig auch keine Lose auszahlen und noch zuwarten.

Präsident : liest die Vertragsbestimmungen noch einmal vor.

Hächler : Ist der Ansicht, dass sich jeder Gründer wehre und zahlen werde, wenn man ihm mit gerichtlichen Schritten droht. Stapper bezahlt sicher gern und kann bezahlen, wenn man ihn dazu drängt.

Marxer : Gerade darum möchte er noch zuwarten mit dem Zurückzahlen der Losgelder. Wir wissen nicht, wieviel noch zu bezahlen ist. Darum warten, bis alles aufgeklärt sei. Bezüglich der Tagelöhne und Gehälter soll man sich abfinden, im Uebrigen aber zuwarten.

Präsident : fragt bezüglich der 51.000 Franken Losgelder.

Hächler : gibt Aufklärung, dass es eigentlich nur 43.000 Franken seien, aber es seien Valuten und bei Umrechnungen dieser mache der Betrag etwa 51.000 Franken aus.

Vogt : ~~Wie~~ steht es mit jenen Losen, die nach der 1. und 2. Klasse nicht mehr erneuert worden sind.

Hächler : Diese sind nicht mehr berücksichtigt worden. Die Rückzahlungen müsse man machen, um die Leute zu befriedigen. Dafür sei auch die Kautionserlegt worden für die Durchführung der Lotterie. Er von sich aus würde das in Ordnung bringen.

Vogt : Fragt die Abgeordneten, wie sie sich dazu stellen, wenn die Geschädigten sich der Presse bedienen. Ob das nicht der grössere Schaden sei. In dieser Hinsicht sollte man nicht gar zu kleinlich sei. Das wäre nicht von gutem.

Gassner : Seine Auffassung sei die von Hächler. Man könnte auch gegenteiliger Ansicht sein in der ~~kurzlichen~~ Auslegung des Vertrages. Die Kautions sei zum Schutze der Einleger gemacht worden.

Hächler : Auch wenn man die Lose zurückzahle, könne Stapper trotzdem gefasst werden.

Präsident : Es handle sich nur um die Form, wie man dies mache. Uebrigens seien die Leistungen der Lotterie an den Staat umschrieben. Warum soll der Staat etwas verdienen, wodurch andere Leute geschädigt werden. Liest Art. 9 des Vertrages. Der Staat ist bezahlt worden.

Hoop : Es sei da ein Artikel, der einem andern widerspreche.
Wenn die Gesellschaft die Lotterie nicht durchführe, verfallen die 100 000 Franken dem Staate.

Batliner : Seine Ansicht sei, noch zuzuwarten. Wenn von Stapper noch etwas zu holen sei, kann die Firma selbst liquidieren. Das Land sei rechtlich nicht verpflichtet, zurückzuzahlen. Er würde, wie gesagt, mit Zahlen warten. Er könne nicht dafür sein, dass man die 100 000 Franken zurückgebe.

Quaderer : Man könne verschiedener Ansicht sein. Wenn die Gesellschaft selbst liquidieren soll, brauchen wir nicht darüber zu sprechen. Klüger und für den Ruf des Landes besser sei es aber, wenn man sofort zurückzahle. Im Auslande gehe es über Liechtenstein und nicht über die Aktionäre her.

Präsident : Liest Art. 11 des Lotterievertrages.

Regierungschef : Wie wäre es, wenn wir am Dienstag (nächste Sitzung) neuerdings darüber sprechen würden, da die Herren sich ja doch nicht einigen können. Es sind drei Fragen :

1. Dürfen die Löhne für die Arbeiter frei gegeben werden.
2. Soll man Stapper bezüglich eines Angebotes antworten und
3. Soll die Offerte Thalman angenommen werden.

Frage I.

Quaderer : Ist der Ansicht, dass - wenn die Direktoren noch etwas zurecht haben sollen - auch die Arbeiter heute schon bezahlt werden.

Vogt : Ganz richtig.

Präsident : Wie viel die Arbeitslöhne ausmachen.

Regierungschef : 171 Franken.

Batliner : Daran stösst sich niemand, die Löhne sollen ausbezahlt werden.

Präsident : Stellt fest, dass niemand dagegen ist.

Frage II.

Regierungschef : Ob Stapper zu antworten sei.

Präsident : Stapper soll eine Offerte machen, nicht wir.

Regierungschef : §Dann schreibe er Stapper, dass eine Offerte von ihm erwartet werde.

Präsident : Man solle Stapper schreiben, er werde als Geschäftsmann erkennen, in welcher Situation er stehe. Er soll seiner Verpflichtung nachkommen und zwar würde er ihn für das Ganze in Anspruch nehmen.

Regierungschef : Also schickt man ihm einen Rechnungsauszug und ^{man langte} soviel Geld von ihm.

Präsident : Man soll das Schreiben mit Hächler ausarbeiten und ~~Stapper~~ und energisch gegen Stapper vorgehen.

Hächler : Auch Groenebaum soll dazu verhalten werden, an Stapper bezüglich der Verantwortlichkeit zu schreiben.

III. Frage.

Regierungschef : Was ist mit der Offerte Thalmann zu machen.

Präsident : Er sage nein.

Regierungschef : Er selbst ist dagegen, auch wenn die Auskünfte gut seien.

Marker und Kaiser : ist dagegen.

Regierungschef : stellt fest, dass Sautier trotz gegenteiliger Vertragsbestimmung die Finger auch im 2. Geschäfte hatte. Sautier sei auch diesmal wieder zu Schaden gekommen.

Präsident : Ob man bezüglich der Los-Rückzahlungen noch warten soll.

Gassner : Die Beschlussfassung soll bis Dienstag aufgeschoben werden.

Präsident : Er hätte heute schon die Auszahlung beschlossen.

Beschluss : Zuwarten bis Dienstag.

Hächler : Was er am Dienstag für einen Bericht bringen müsse. Nachdem er wegen einer gerichtlichen Einvernahme am Montag in St.Gallen zu tun habe, könne er nur den heutigen Bericht bringen.

Hächler : Heute habe er nur in grossen Zügen referiert.

Präsident : Entschlägt sich der Verantwortung, wenn die Auszahlung zu weit verzögert wird.

Hächler : Die Prüfung dieser Auszahlung könne vor sich gehen, auch wenn der grosse Bericht nicht vorliege. Er für sich würde Auszahlungen beschliessen, damit wenigstens das in Ordnung

ist.

Vogt : Er habe die Rückzahlung aus der Kaution, aber unter Aufsicht beantragt und bitte um Abstimmung. Es seien Leute bei der Lotterie, denen man schon Vertrauen schenken dürfe.

Regierungschef : Möchte bitten, mit der Abstimmung bis Dienstag zuzuwarten. Ihm liege nur daran, ein einträchtiges Zusammenarbeiten zu erreichen. Der Vertrag sei auch von allen gemacht worden. Heute würde er nicht abstimmen.

Vogt : Ist einverstanden, dass solange zugewartet wird.

Hoop : Die Auslegung sei gegenüber früher doch eine andere. Damals habe man gesagt, man müsse nicht auszahlen.

Präsident : stellt fest, dass es sich Hoop um ein Missverständnis handeln müsse.

Quadrerer : Schon letztesmal sei ein grosser Teil der Abgeordneten der Ansicht gewesen, die Einsätze zurückzuzahlen. Auch Landrichter Dr. Thurnher sei zur Sitzung gerufen worden und habe bestätigt, dass die Einsätze zurückzuzahlen seien, wenn das Geschäft eingestellt werde.

Hoop : Es sei doch noch ein Unterschied. Früher mussten die Gelder an die Sparkasse einbezahlt werden und bei der 2. Lotterie nicht mehr.

Präsident : Der Verwaltungsrat hat das abgelehnt. Wenn niemand mehr das Wort wünscht, gehen die Verhandlungen nächsten Dienstag vorwärts. Wer dann referiert.

Peter Büchel : Er würde sagen, in einer der nächsten Sitzungen

Präsident : Wir müssen dann auch wissen, wer zurückbezahlt.

Peter Büchel : Er möchte noch besonders darauf aufmerksam machen, dass von den heutigen Verhandlungen nichts verlauten soll. Das würde unseren Standpunkt gegenüber Stapper erschweren.

Präsident : Stapper sei ohnedies verantwortlich.

Peter Büchel : Es sei aber doch leichter zu verhandeln, wenn nicht auskomme, dass wir bezahlen wollen.

Präsident : Dankt Herrn Hächler, welcher abtritt.

Der Landtag führt mit der Beratung des Budgets fort.

¶ Titel III p,r,s der Vorlage.

Präsident : polemisiert gegen den Posten "Strassenschalen" und spricht für die Schaffung von Kurven.

Regierungschef: spricht für Schalen und verteidigt die Praxis ~~Präsident~~ der Regierung bei Erstellung solcher.

Peter Büchel: Ist für die Erstellung von Schalen, schon aus Ersparnisgründen für den Strassenunterhalt.

Marxer : Ist auch für Schalen.

Hoop : Ist auch für Schalen, unterstützt aber den Präsidenten bezüglich der Kurven, weil diese notwendiger seien als Schalen.

Batliner : Er würde für Kurven 4000 Franken einsetzen.

Marxer : Ersucht um die Korrektur der Kurve beim Müssen-Brunnen.

Präsident : Man sollte jetzt nur das Notwendigste machen.

Gassner : Wir müssen bei der Sache bleiben und das verhandeln was vorliegt.

Präsident : stellt Antrag auf Zusammenziehung der Pos. q,r,s und t.

Gassner:spricht dagegen wegen der leichteren Uebersichtlichkeit.

Regierungschef : Die Regierung war bestrebt, das Budget ausführlicher zu gestalten, weil gerade im Landtag schon deswegen reklamiert wurde.

Titel IV :

Gassner : beantragt, die Normaltage in den Alpen auch noch im September abzuhalten.

Titel V, VI : reklamiert bezüglich der Bestellung eines Staatsanwalt-Stellvertreters.

Titel VII, VIII, IX :

Präsident : polemisiert gegen die Einreihung des "Gründungskostenbeitrages für die Jute-Industrie in Eschen". Das sei ein Stiefel und gehöre bei den Steuer-Einnahmen in Abzug.

Regierungschef: protestiert gegen das Wort "Stiefel", das er nicht zur Kenntnis nehme.

Einnahmen-Aufstellung :

Quaderer : fragt wegen Benzinzoll.

Regierungschef : gibt Auskunft, dass wir bereits vor langem in Bern vorstellig geworden sind, aber abgewiesen wurden, weil die bezügliche Entschädigung in die Zollpauschale einkalkuliert sei.

Batliner : 1925 sei in der Schweiz an Benzinzoll 9.5 Millionen eingegangen.

Peter Büchel : Wenn es nicht möglich sei, könne man nichts machen. Vielleicht könne man die Sache wieder aufgreifen, wenn man wegen Fortsetzung des Zollvertrages beziehungsweise der Höhe der Pauschale verhandle.

Quaderer : Interessant wäre es zu erfahren, wie viel Benzin hier im Lande verbraucht wird.

Schluss der Sitzung 5 Uhr. Fortsetzung Dienstag den 14.

Dezember 1926.

M. G.